Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) – Genehmigung

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 23. September 2014, RRB Nr. 2014/1712

Zuständiges Departement

Volkswirtschaftsdepartement

Vorberatende Kommissionen

Umwelt-, Bau-, und Wirtschaftskommission
Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Ausgangslage	5
1.1 Einleitung	5
1.2 Zweck und Aufgabe des Viehhandelskonkordats	5
1.3 Veränderte Rahmenbedingungen	5
1.4 Konkordatsvermögen	6
1.5 Aufhebung des Viehhandelskonkordats	6
1.5.1 Gründe für die Aufhebung	6
1.5.2 Verfahren der Aufhebung	6
1.5.3 Verteilung des Konkordatsvermögens	7
1.6 Alternativen	8
2. Verhältnis zur Planung	8
3. Auswirkungen	8
3.1 Personelle Konsequenzen	8
3.2 Finanzielle Konsequenzen	8
3.3 Folgen für die Viehhändler	9
3.4 Vollzugsmassnahmen	9
3.5 Folgen für die Gemeinden	9
4. Erläuterungen der Aufhebungsvereinbarung	10
5. Rechtliches	10
6. Antrag	11
7. Beschlussesentwurf	13

Beilagen

Entwurf vom 10. Juli 2014: Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)

Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat) vom 13. September 1943

Kurzfassung

Am 1. Januar 1944 trat die Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat; BGS 926.731) in Kraft (nachfolgend VHK). Zwischenzeitlich sind alle Kantone sowie das Fürstentum Liechtenstein dem VHK beigetreten.

Aus heutiger Optik hat sich die Bedeutung des VHK stark relativiert. Die Patentpflicht und die Voraussetzungen der Patenterteilung sowie des Patententzuges sind heute vom Bund geregelt. Damit ist die mit dem VHK angestrebte einheitliche Ordnung nun auf eidgenössischer Ebene gewährleistet. Die im VHK vorgesehene Viehhandelskontrolle, basierend auf einer Selbstkontrolle, ist mit der Erfassung der Tierbewegungen auf der eidgenössischen Tierverkehrsdatenbank obsolet geworden.

Auch die Aufrechterhaltung einer interkantonalen Kautionsversicherung in der Art, wie sie dem Konkordatsrecht zugrunde liegt, ist nicht mehr zeitgemäss und kann als solche keine Aufgabe des Staates sein. Sie kann deshalb ersatzlos aufgehoben werden.

Weiterhin unverzichtbar bleiben einzig die aus Gebühren finanzierten Mittel, welche für die Kantone nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle zur Finanzierung der Tierseuchenbekämpfung darstellen. Dabei ist es heute ein Anliegen, die Gebühren auf eine administrativ einfach zu verwaltende Weise einzuziehen. Deshalb wird bereits heute, entgegen der Regelung im VHK, anstelle des Einzugs der Umsatzgebühr beim Viehhändler, gestützt auf das eidgenössische Tierseuchengesetz (TSG; SR 916.40) eine Schlachtabgabe anlässlich der Schlachtung eingezogen. Der Bund erhebt die Abgabe und setzt sie für Überwachungsprogramme ein, deren Finanzierung bisher den Kantonen oblag. Für den Kanton Solothurn resultiert daraus eine Entschädigung für den entsprechenden Aufwand von rund 50'000 Franken.

Das Konkordatsvermögen soll nach der Aufhebung des VHK auf die einzelnen Kantone und das Fürstentum Liechtenstein verteilt werden. Die Höhe der Auszahlung richtet sich nach Herkunft der Mittel sowie nach der unterschiedlichen tierseuchenpolizeilichen Belastung der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein. Dem Kanton Solothurn werden bei Zustimmung aller Kantone und dem Fürstentum Liechtenstein einmalig rund 78'000 Franken ausbezahlt werden.

Mit Schreiben des Regierungsrates vom 11. März 2014 (RRB Nr. 2014/511 vom 11. März 2014) wurde der Aufhebung des VHK und der vorgeschlagenen Verteilung des Konkordatsvermögens bereits zugestimmt. Auch die übrigen Kantone und das Fürstentum Liechtenstein befürworten die Aufhebung. Ein Konkordats-Aufhebungsentscheid setzt die Zustimmung aller Konkordatskantone und des Fürstentums Liechtenstein voraus.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) – Genehmigung.

1. Ausgangslage

1.1 Einleitung

Am 1. Januar 1944 trat das VHK in Kraft, welchem zwischenzeitlich alle Kantone sowie das Fürstentum Liechtenstein beigetreten sind.

Grund für die Schaffung des VHK war die damals geführte Kontroverse zwischen Bund und Kantonen über die Zuständigkeit zur Regelung des gewerbsmässigen Viehhandels. Während der Bund eine eidgenössische Regelung anstrebte, wehrten sich die Kantone aus föderalistischen Überlegungen dagegen und konnten mit der Gründung des VHK die Zuständigkeit zur Regelung des Viehhandels zu ihren Gunsten entscheiden.

1.2 Zweck und Aufgabe des Viehhandelskonkordats

Hauptziel des VHK war es, eine einheitliche Ordnung des Viehhandels zu gewährleisten. So wurden im VHK mitunter der Begriff des Viehhandels definiert sowie die Bewilligungspflicht und die Voraussetzungen und Verfahren für die Patenterteilung geregelt.

Ein wichtiges Element des Konkordatsrechts waren und sind zudem die für die Seuchenprävention verwendeten Gebühren. Die Viehhändler sind verpflichtet, jährlich für die Erteilung des Viehhandelspatents eine Grundgebühr sowie (je nach Umfang ihrer Handelstätigkeit) eine Umsatzgebühr zu entrichten. Zudem sind sie gehalten, jährlich eine Kautionsversicherung zu leisten; dies entweder beim VHK oder bei der Kautionsversicherungs-Genossenschaft des Schweizerischen Viehhändlerverbandes. Das VHK und die Kautionsversicherungs-Genossenschaft des Schweizerischen Viehhändlerverbandes haben eine versicherungsähnliche Funktion. Die Kautionsversicherung, welche sich in der Höhe nach dem voraussichtlichen jährlichen Umsatz richtet, wird für die beim VHK versicherten Viehhändler von den Kantonen zu Gunsten des VHK erhoben. Die Kautionsversicherung dient der Sicherstellung von zivil- und öffentlich-rechtlichen Ansprüchen gegen den Viehhändler aus dem Viehhandel.

1.3 Veränderte Rahmenbedingungen

Aus heutiger Optik hat sich die Bedeutung des VHK stark relativiert. Die Patentpflicht und die Voraussetzungen der Patenterteilung sowie des Patententzuges sind heute vom Bund in der Tierseuchenverordnung (TSV; SR 916.401) geregelt. Damit ist die mit dem VHK angestrebte einheitliche Ordnung nun auf eidgenössischer Ebene gewährleistet. Die im VHK vorgesehene Viehhandelskontrolle, basierend auf einer Selbstkontrolle, ist mit der Erfassung der Tierbewegungen auf der eidgenössischen Tierverkehrsdatenbank obsolet geworden.

Weiterhin unverzichtbar bleiben einzig die aus Gebühren finanzierten Mittel, welche für die Kantone nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle zur Finanzierung der Tierseuchenbekämpfung darstellen. Dabei ist es heute ein Anliegen, die Gebühren auf eine administrativ einfach zu verwaltende Weise einzuziehen. Deshalb wird bereits heute, entgegen der Regelung im VHK, anstelle des Einzugs der Umsatzgebühr beim Viehhändler, gestützt auf das Tierseuchengesetz (TSG; SR 916.40) eine Schlachtabgabe anlässlich der Schlachtung eingezogen.

Während die aus den Grund- und Umsatzgebühren generierten Mittel für die Kantone nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle zur Finanzierung der Tierseuchenbekämpfung darstellen, ist die Kautionsfunktion des VHK heute kaum mehr von Bedeutung. In den vergangenen Jahrzehnten wurden damit vor allem durch Verlustschein ausgewiesene Forderungen gegenüber Viehhändlern aus dem Verkauf von Vieh beglichen. Aus heutiger Sicht entspricht eine „staatliche Versicherung“ in der vorliegenden Art nicht mehr dem Aufgabenverständnis eines modernen Staates. Diese Aufgabe kann auch vom Berufsverband oder der Versicherungsbranche übernommen werden.

1.4 Konkordatsvermögen

Die Verwendung der Betriebsüberschüsse der Kautionskasse wird durch das oberste Organ der VHK, die Konferenz, beschlossen. Diese werden im Wesentlichen zur Deckung der Verwaltungskosten und zur Äufnung eines Reservefonds bis zum Betrag von mindestens 5 % der vom VHK übernommenen Kautionsleistung eingesetzt. Das aus den an das VHK geleisteten jährlichen Kautionsleistungen entstandene Konkordatsvermögen wies per Ende 2013 einen Saldo von rund 4.8 Millionen Franken aus. Dies entspricht einer Deckungsquote von rund 22 %.

1.5 Aufhebung des Viehhandelskonkordats

1.5.1 Gründe für die Aufhebung

Aus heutiger Betrachtung sprechen im Wesentlichen folgende Gründe für die Aufhebung des Konkordats:

- Die heute bestehende Regelung des Viehhandels im Bundesrecht (Art. 34 ff. TSV) ist ausreichend. Die Kantone werden weiterhin die Viehhandelspatente erteilen und dafür eine Gebühr erheben können.
- Die Umsatzgebühren als wichtige Einnahme der Kantone werden durch die Schlachtabgabe gemäss Art. 56a TSG gleichwertig ersetzt, indem der daraus erzielte Erlös in einer vergleichbaren Grössenordnung zur Entlastung der Kantone eingesetzt wird.
- Die Aufrechterhaltung einer interkantonalen Kautionsversicherung in der Art, wie sie dem Konkordatsrecht zugrunde liegt, ist nicht mehr zeitgemäss und kann als solche keine Aufgabe des Staates sein. Sie kann deshalb ersatzlos aufgehoben werden. Ein allfälliger Bedarf kann auf Verbandsebene oder durch ein privatrechtliches Versicherungsmodell abgedeckt werden.

1.5.2 Verfahren der Aufhebung

Mit Schreiben vom 17. Januar 2014 ersuchte das geschäftsführende Organ des VHK, der sog. Vorort, die in allen Kantonen für das Veterinärwesen zuständigen Departemente um Stellungnahme zum Entwurf einer Vereinbarung zur Auflösung des VHK und der Verteilung des Konkordatsvermögens. Mit Schreiben des Regierungsrates vom 11. März 2014 (RRB Nr. 2014/511 vom 11. März 2014) wurde einer Aufhebung zugestimmt.

Mit Schreiben vom 10. Juli 2014 hat der Vorort des VHK den Kantonsregierungen mitgeteilt, dass im Vernehmlassungsverfahren 24 Kantone und das Fürstentum Liechtenstein eine Stellungnahme abgegeben haben. Weiter wurde mitgeteilt, dass sämtliche Stellungnahmen die Aufhebung des VHK und die vorgeschlagene Verteilung des Konkordatsvermögens unterstützen. Gleichzeitig stellte der Vorort des VHK den Kantonsregierungen die Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Vieh-

handel vom 13. September 1943) im Entwurf zu und ersuchte um Ratifizierung derselben durch das zuständige kantonale Organ.

Ein Konkordats-Aufhebungsentscheid setzt die Zustimmung aller Konkordatskantone und des Fürstentums Liechtenstein voraus. Die Genehmigung der Aufhebung des VHK bedarf im Kanton Solothurn der Genehmigung durch den Kantonsrat.

1.5.3 Verteilung des Konkordatsvermögens

Das Konkordatsvermögen von rund 4.8 Millionen Franken soll nach der Aufhebung des VHK auf die einzelnen Kantone und das Fürstentum Liechtenstein verteilt werden. Dem VHK sind diesbezüglich keine Regelungen zu entnehmen.

Für die Ausarbeitung eines Vorschlags betreffend die Verteilung des Konkordatsvermögens wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Vororts sowie je einem Vertreter oder einer Vertreterin der vier Regionalkonferenzen der Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe vertritt einstimmig die Auffassung, dass bei der Verteilung des Konkordatsvermögens an die einzelnen Kantone und das Fürstentum Liechtenstein die Herkunft der Mittel sowie die unterschiedliche tierseuchenpolizeiliche Belastung der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein berücksichtigt werden sollen. Diese beiden Kriterien sollen zu je 50 % für den Verteilschlüssel massgebend sein.

Die Herkunft der Mittel lässt sich anhand der Einzahlungen der Kautionsgebühren der einzelnen Kantone und des Fürstentums Liechtenstein bestimmen. Hierbei soll auf die Einzahlungen der Jahre 2002 bis 2012 abgestellt werden. Ein Kriterium, das die tierseuchenpolizeiliche Belastung adäquat abbildet, ist die Anzahl Grossvieheinheiten (GVE) pro Kanton bzw. im Fürstentum Liechtenstein.

Der von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene Verteilschlüssel wurde von der Vereinigung Schweizerischer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) an der Konferenz vom 11. Dezember 2013 beraten. Die VSKT empfiehlt einstimmig die Genehmigung der Vereinbarung sowie des Verteilschlüssels.

Mit dem von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Verteilschlüssel resultieren die folgenden prozentualen Anteile der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein am Konkordatsvermögen:

Zürich	6.04 %
Bern	16.31 %
Luzern	17.65 %
Uri	6.70 % (Verteilung unter den vier Kantonen)
Schwyz	
Obwalden	
Nidwalden	
Glarus	1.82 %
Zug	1.36 %
Freiburg	5.16 %
Solothurn	1.63 %
Basel-Stadt	0.08 %
Basel-Landschaft	1.17 %
Schaffhausen	1.02 %
Appenzell Ausserrhoden	1.26 %
Appenzell Innerrhoden	1.17 %
St. Gallen	8.59 %

Graubünden	3.61 %
Aargau	6.55 %
Thurgau	7.36 %
Tessin	1.13 %
Waadt	3.26 %
Wallis	2.83 %
Neuenburg	1.79 %
Genf	0.25 %
Jura	2.96 %
Fürstentum Liechtenstein	0.28 %

Abb. 1: Basis: Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2012.

Der auf den Kanton Solothurn entfallende Anteil am Konkordatsvermögen in der Höhe von 1.63 % beläuft sich auf voraussichtlich rund 78'000 Franken. Dieses wird der Tierseuchenkasse gutgeschrieben.

1.6 Alternativen

Das VHK ist nicht mehr zeitgemäss und in seinen Strukturen veraltet. Die bereits heute geltenden Regelungen im Bundesrecht sind hingegen praktikabel, modern und haben das VHK weitgehend abgelöst. Die Aufhebung des VHK ist von allen Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein gewollt und von der VSKT empfohlen. Das Festhalten am VHK würde für den Kanton Solothurn keinen ersichtlichen Mehrwert bringen.

2. Verhältnis zur Planung

Die Aufhebung des VHK bedarf der Zustimmung sämtlicher Kantone sowie des Fürstentums Liechtenstein. Für die Planung und die Koordination ist der Vorort federführend. Die Aufhebung des VHK ist folglich weder im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) noch im Legislaturplan 2013 – 2017 vorgesehen.

3. Auswirkungen

3.1 Personelle Konsequenzen

Die Kontrolle des Tierverkehrs und damit des Viehhandels erfolgt schon längere Zeit nicht mehr über die Offenlegung jedes einzelnen gehandelten Tieres durch den Viehhändler. Heute wird der Tierverkehr mittels Daten aus der Tierverkehrsdatenbank überwacht. Es hat also bereits eine Aufgabenumverteilung stattgefunden, weshalb die Aufhebung des VHK keine personellen Konsequenzen mit sich zieht.

3.2 Finanzielle Konsequenzen

Mit der Aufhebung des VHK ist über dessen Vermögen zu bestimmen. Das VHK empfiehlt den Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein, ihren Anteil am Konkordatsvermögen zweckgebunden für Massnahmen der Tierseuchenbekämpfung einzusetzen. Mit diesem Hintergrund werden – voraussichtlich Ende 2015 – gesamthaft und einmalig 78'000 Franken in die kantonale Tierseuchenkasse fliessen.

Die Umsatzgebühren – sie betragen für den Kanton Solothurn in den letzten Jahren rund 20'000 Franken pro Jahr – werden ersetzt durch die Schlachtabgabe. Der Betrag ist gestützt auf das TSG für die Tierseuchenprävention einzusetzen. Er beträgt pro geschlachtetes Tier der Rin-

dergattung 2.70 Franken und pro geschlachtetes Schwein, Ziege oder Schaf 0.40 Franken, was pro Jahr gesamthaft rund 3 Millionen Franken ergibt. Der Bund erhebt diese Abgabe und setzt davon 2 Millionen Franken direkt für die Begleichung von Laborkosten für Tierseuchenüberwachungsprogramme ein. Dadurch wird die kantonale Tierseuchenkasse um rund 50'000 Franken entlastet. Die restlichen Mittel werden proportional zum Nutztierbestand (Anzahl GVE) den Kantonen anteilmässig ausbezahlt. Dem Kanton Solothurn werden dadurch jährlich rund 25'000 Franken als Entschädigung für den Aufwand zur Durchführung der Untersuchungsprogramme ausbezahlt.

Während sich die aufgehobenen Umsatzgebühren für den Kanton Solothurn jährlich im Rahmen von 20'000 Franken bewegten, fällt wie dargelegt der Anteil an der Schlachtabgabe wesentlich höher aus. Die Steigerung des Ertrages ergibt sich insbesondere daraus, dass viele im Kanton gehandelte Tiere von Viehhändlern gehandelt werden, deren Sitz sich in einem anderen Kanton befindet. Diese entrichten die Umsatzgebühr im Kanton ihres Geschäftssitzes.

Aus der Verteilung der Schlachtabgabe wird – wie dargelegt - die Tierseuchenkasse pro Jahr mit rund 75'000 Franken entlastet. Demgegenüber fällt die bisher erhobene Umsatzgebühr weg. Per Saldo resultiert eine Entlastung von voraussichtlich rund 55'000 Franken pro Jahr.

3.3 Folgen für die Viehhändler

Für die Viehhändler entfällt ein grosser administrativer Aufwand, müssen sie doch ihre Handelstätigkeit (Auflisten jedes einzelnen, gehandelten Tieres) nicht länger eigens für die Berechnung der Umsatzgebühr separat erfassen.

3.4 Vollzugsmassnahmen

Die Regelungen des VHK wurden, sofern sie nicht obsolet sind, bereits in das eidgenössische Tierseuchenrecht übernommen. Die Kantone vollziehen dieses, soweit das Gesetz oder die Vorschriften des Bundesrates keine Ausnahmen vorsehen. Auf kantonaler Ebene ist somit kein neuer Erlass erforderlich.

Die vorliegende Vorlage umfasst ausschliesslich die Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943). Damit ist das VHK aber noch nicht aufgehoben und entsprechend können mit dieser Vorlage weder die mit dem VHK zusammenhängenden kantonalen Erlasse aufgehoben noch die BGS bereinigt werden. Die Aufhebung des VHK kann erst erfolgen, wenn alle kantonal zuständigen Organe derselben zugestimmt haben. Wann dies genau sein wird, ist noch unbekannt. Daher rechtfertigt es sich, dem Regierungsrat bereits in dieser Vorlage die entsprechenden Vollzugskompetenzen zu erteilen, damit er alle im Zusammenhang mit der Aufhebung des VHK notwendigen Vollzugsmassnahmen ergreifen kann. Dazu gehören neben der Ermächtigung zur Unterzeichnung der Vereinbarung insbesondere auch die Aufhebung folgender kantonalen Erlasse:

- Beitritt des Kantons Solothurn zur interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943 (BGS 926.732.2)
- Aufhebung der Vollzugsverordnung über die Ausübung des Viehhandels (BGS 926.733)

3.5 Folgen für die Gemeinden

Die Gemeinden sind von einer Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) nicht betroffen.

4. Erläuterungen der Aufhebungsvereinbarung

Art. 1

Mit Art. 1 wird die Aufhebung des Viehhandelskonkordates vereinbart.

Art. 2

Absatz 1 enthält die beiden Kriterien der Verteilung des Konkordatsvermögens, d.h. die von den Kantonen bzw. dem Fürstentum Liechtenstein einbezahlten Kautionsgebühren der Jahre 2002 bis 2012 einerseits sowie die Anzahl Grossvieheinheiten gemäss offizieller Statistik des Bundes für das Jahr 2012 andererseits. Die beiden Kriterien gelten je zur Hälfte, d.h. massgebend ist der Durchschnitt der je Kriterium berechneten prozentualen Anteile (Abs. 2). Da im Zeitpunkt der Aufhebung unter Umständen noch offene Kautionsfälle bestehen, soll in einer ersten Phase der Betrag von 4.5 Millionen Franken verteilt werden. Die restlichen rund 300'000 Franken werden verteilt, sobald klar ist, dass keine Forderungen gegenüber dem Viehhandelskonkordat mehr bestehen (Abs. 3). Der Vollzug, d.h. die Überweisung der Anteile an die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein ist Aufgabe des geschäftsführenden Ausschusses, des sog. Vororts (Abs. 4). Entsprechend sind die notwendigen Angaben zur Überweisung des Geldes dem Vorort zu machen (Abs. 5).

Art. 3

Die Vereinbarung kann nur zustande kommen, wenn alle Mitglieder des Viehhandelskonkordats, d.h. alle Kantone und das Fürstentum Liechtenstein mit ihrem zuständigen Organ der Vereinbarung zugestimmt haben (Abs. 1). Die Kantone bzw. das Fürstentum Liechtenstein informieren den Vorort des Viehhandelskonkordats über den Beschluss unter Beilage des offiziellen Beschlussprotokolls (Abs. 2). Sobald alle Zustimmungserklärungen der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein beim Vorort eingegangen sind – dies dürfte gemäss Zeitplan gegen Ende 2015 der Fall sein – wird die Konferenz des Viehhandelskonkordats das Zustandekommen der Aufhebungsvereinbarung offiziell feststellen und den Zeitpunkt der Aufhebung beschliessen (Abs. 3).

5. Rechtliches

Der Austritt aus dem VHK ist unter Beachtung einer einjährigen Kündigungsfrist auf Ende eines Jahres zulässig (Art. 30 VHK). Die Auflösung des Konkordats aufgrund einstimmiger Übereinkunft der Konkordatsträger ist im VHK nicht geregelt. Sie ist jedoch möglich und nicht an die Kündigungsfrist gebunden, sondern kann auf einen gemeinsam bestimmten Zeitpunkt erfolgen. Ein Auflösungsentscheid setzt, entgegen einem Austritt, die Zustimmung aller Konkordatsträger voraus.

Die für die Auflösung zuständigen Instanzen bestimmen sich nach dem Recht des jeweiligen Kantons. Im Kanton Solothurn ist in Anwendung von Art. 72 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Solothurn (KV; BGS 111.1) die Auflösung des VHK vom Kantonsrat zu genehmigen.

Der Kantonsratsbeschluss untersteht dem fakultativen Referendum, wenn er von mindestens 2/3 der anwesenden Mitglieder gefasst worden ist, sonst untersteht er dem obligatorischen Referendum (Art. 35 Abs. 1 Bst. d KV i.V.m. Art. 36 Abs. 1 Bst. b KV).

6. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm
Landammann

Andreas Eng
Staatschreiber

7. **Beschlussesentwurf**

Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) – Genehmigung

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe d KV, Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 72 Absatz 1 KV, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 23. September 2014 (RRB Nr.2014/1712), beschliesst:

1. Die Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung der interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat) vom 13. September 1943 wird genehmigt.
2. Der Regierungsrat wird ermächtigt, die Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) dem Vorort mitzuteilen, die Vereinbarung zu unterzeichnen und zu vollziehen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt . . . . . Referendum.

Verteiler KRB

Ratsleitung (8)
 Präsidien der ständigen Kommissionen (7)
 Volkswirtschaftsdepartement (2)
 Amt für Landwirtschaft
 Amt für Landwirtschaft, Veterinärdienst
 Finanzdepartement
 Amt für Finanzen
 Kantonale Finanzkontrolle
 Aktuarin Finanzkommission
 Aktuarin UMBAWIKO
 Parlamentsdienste (2)
 Traktandenliste Kantonsrat
 GS, BGS